

II—2410 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1227/J

1977 -06- 03

A n f r a g e

der Abgeordneten MEISSL, DR.SCHMIDT, DR.STIX, DR.SCRINZI, DVW.JOSSECK
an die Bundesregierung

betreffend europäische Finanzierungsbeteiligung am raschen Ausbau österreichischer Haupttransitstraßen

Bekanntlich hat der LKW-Transitverkehr durch Österreich Dimensionen angenommen, die von Monat zu Monat unerträglicher werden. Allein im Bereich der Stadt Graz sind durch den Verkehr entlang der sogenannten "Gastarbeiter-route" - und hier insbesondere durch den LKW-Transitverkehr - zehntausende Menschen in ihren Lebensbedingungen auf das schwerste betroffen. Dies gilt aber natürlich auch für viele andere Regionen unseres Landes, deren Bevölkerung unter dem Transitverkehr in mehrfacher Hinsicht zu leiden hat.

Neben der Belästigung durch Lärm und Abgase in den Wohngebieten sind es vor allem auch die äußerst negativen Auswirkungen im Straßenverkehr selbst. Verkehrsstauungen sind auf vielen wichtigen Straßen eine alltägliche Erscheinung - und damit ein echtes Ärgernis sowohl für den Inländer, der beruflich unterwegs ist, als auch für den ausländischen Gast; ganz zu schweigen von der weit über dem Durchschnitt liegenden Zahl der Verkehrsunfälle.

Insgesamt ist zu sagen, daß die Beanspruchung des österreichischen Straßennetzes durch den LKW-Transitverkehr unser Land vor Probleme stellt, die wohl nur auf der Ebene einer europäischen Finanzierungsbeteiligung gelöst werden können. Tatsächlich wird die derzeitige Situation immer unhaltbarer. Österreich steht vor der Notwendigkeit, im Straßenbau eine Vielzahl von Milliardenprojekten rasch zu verwirklichen, ohne daß hiezu von seiten des Hauptverursachers der Überlastung des Straßennetzes, nämlich des LKW-Transitverkehrs, ein nennenswerter finanzieller Beitrag geleistet würde. In diesem Zusammenhang ist zu vermerken, daß die schweren LKWs, die österreichische Straßen im Transitverkehr benützen, im Regelfall ja nicht einmal in Österreich tanken, so daß hier auch aus der Mineralölsteuer so gut wie keine Einnahmen erwachsen.

- 2 -

Angesichts des aufgezeigten Sachverhaltes erscheint es dringend geboten, österreichischerseits bei den EG-Staaten vorstellig zu werden und diese nachdrücklich auf das Erfordernis einer entsprechenden Finanzierungsbeitrag hinzuweisen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

1. Besteht die Absicht, im Hinblick auf die unzumutbaren Belastungen, die Österreich durch den LKW-Transitverkehr erwachsen, bei den EG-Staaten wegen einer europäischen Finanzierungsbeitrag am raschen Ausbau österreichischer Haupttransitstraßen vorstellig zu werden ?
2. Wenn nein: welche sonstigen Maßnahmen werden zur Zeit in Erwägung gezogen ?

Wien, 1977-06-03